

Verbandschef Friedrich-Koh Dolge und sein spannender Blick auf die Musikschule im Jahr 2037

Der Bundesvorsitzende des Verbands deutscher Musikschulen war Gast bei der Mitgliederversammlung des Berliner Musikschulbündnisses

Wie sieht die Musikschule im Jahr 2037 im Idealfall aus? Der Bundesvorsitzende des Verbands deutscher Musikschulen, Friedrich-Koh Dolge, nahm die Zuhörer bei der Mitgliederversammlung des Berliner Musikschulbündnisses in der Musikschule Spandau mit auf eine spannende Zeitreise. Mehr als zehn Jahre sei es jetzt her, dass in Berlin heftig um den Landeshaushalt gestritten wurde und dass es völlig ungeklärt war, wie aus den ganzen Honorarkräften Festangestellte werden könnten. Nun, „am 19. November 2037“, komme einem die damals „prekäre Situation vieler Musikschul-Lehrkräfte“ ganz fern vor. Zum Glück seien die Probleme inzwischen gelöst und die Situation und das Berufsbild der Lehrkräfte „wesentlich verbessert“.

Zu positiv, dieser Ausblick? Vielleicht. Aber Dolge zeigte mit seinem Vortrag Möglichkeiten auf, wie sich auch eine Berliner Musikschule, die nicht ständig ums Überleben kämpfen muss, ganz auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren könnte. In nicht allzu ferner Zukunft würden die Musikschulen in Berlin anders als heute ganz selbstverständlich als ein „wichtiger Teil der ästhetischen Bildung anerkannt“ sein, beschrieb der Verbandsvorsitzende seine „Vision“.

An der Musikschule der Zukunft arbeiten laut Dolge vor allem Festangestellte. Unter anderem Rentner und Studenten werden auf Honorarbasis engagiert, Workshops auf Basis von Honorarverträgen durchgeführt. So bleibe den Einrichtungen „eine bunte Vielfalt“ von Beschäftigungsverhältnissen erhalten.

Selbstverständlich gehören auch im Jahr 2037 dem Verbandschef zufolge Bildungsk Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen zu den Aufgaben der Musikschule. Die Einrichtungen näherten sich dann auch immer mehr dem Ideal des „Bildungscampus“ – in enger räumlicher Kooperation zum Beispiel auch mit Bibliotheken. Das Angebot der Musikschulen werde Stück für Stück erweitert. Als Beispiele nannte Dolge die Ausbildung von DJs und (weiblichen) DJanes sowie gemeinsame Musikproduktionen. Jedes Kind sollte ein Anrecht auf eine „einjährige, kostenlose Probeausbildung“ bekommen. Damit käme man dem Ideal „Musik für alle!“ recht nahe.

Für seine mit viel Witz vorgestellte Zeitreise bekam Dolge großen Applaus. In der anschließenden Diskussion verwies die Leiterin der Musikschule Friedrichshain/Kreuzberg, Ina Finger, auf das Problem, dass die Musikschule der Zukunft beides zusammen besser hinbekommen müsse – zum einen die Breitenarbeit, zum andern die Spitzenförderung, um damit auch den eigenen Musiklehrer-Nachwuchs auszubilden. Einen „Spagat“ sieht Finger darin.

Der frühere Chef der Leo-Kestenberg-Musikschule in Tempelhof-Schöneberg, Andreas Eschen, fügte an, dass bei Kooperationen mit allgemeinbildenden Schulen „gute Qualität nur im Ausnahmefall“ erzielt werde. „Deshalb sollten wir uns gerade diese Ausnahmefälle genau anschauen, um daraus zu lernen“, sagte er.

Interessant auch das engagierte Plädoyer des Elternvertreters aus Spandau, Nicolaos Dimas, der ebenfalls ein verbindliches kostenloses Musikschul-Orientierungsjahr an den Grundschulen für alle Kinder warb. Er verwies darauf, dass sich seine eigenen Kinder auch dank ihrer Musikschulausbildung zu selbstbewussten interessierten und leistungsfähigen Persönlichkeiten entwickeln hätten.

Es herrschte ziemlicher Redebedarf bei der vom Musikschulbündnis-Vorstandsmitglied und Professor an der Universität der Künste, Ivo Berg, kompetent moderierten Diskussion. Die Vorsitzende des Spandauer Ausschusses für Weiterbildung und Kultur, Aida Spiegelner-Castaneda (CDU), verfolgte den Vortrag und die Debatte mit großem Interesse.